

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/41

Bonn, den 1. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2a

Die Kohlenkrise geht uns alle an !

105

Notwendige Bemerkungen zur Bewältigung einer großen
Gemeinschaftsaufgabe

Von Günter Markscheffel

3

Zwischenakt ohne Illusionen

43

Zum Stand der Passierscheingosprache in Berlin.

4

Verfassungsreform in Schweden

50

Ziel ist ein moderner Parlamentarismus

Von Rudolf Hübner, Stockholm

5 - 6

De Gaulles Atomstrategie

56

Französischer Nuklearschirm für Deutschland

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

6

Der Bundespräsident in Afrika

16

Frankreich braucht sich nicht zu beunruhigen

* * *

Die Kohlenkrise geht uns alle an !

Notwendige Bemerkungen zur Bewältigung einer großen Gemeinschaftsaufgabe

Von Günter Markscheffel

Die Kohlenkrise im Ruhrgebiet geht selbstverständlich nicht nur die im Bergbau arbeitenden Menschen an; auch nicht nur die Organisationen des Bergbaus - seien es die der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber. Für das, was sich jetzt im Ruhrgebiet abspielt, tragen wir a l l e die Verantwortung. Es darf nicht sein, daß der Kumpel an der Ruhr seinem Schicksal überlassen bleibt. Er war es, durch dessen Arbeit in den Jahren nach dem Zusammenbruch die Grundlagen für die weitere Entwicklung der Wirtschaft im freien Teil Deutschlands geschaffen wurden. Wer diesen Tatbestand leugnen wollte, ist undankbar.

Das Ruhrgebiet ist keine Insel

An erster Stelle aller Bemühungen um die Abwendung akuter Gefahren für den Bergmann und seine Familie, für die Wirtschaft in den von Zechenstilllegungen bedrohten Gebieten, muß die uneingeschränkte Hilfe der Gemeinschaft unseres Volkes stehen. Die Gemeinden und Städte im Revier, deren kommunale Leistungen vorbildlich sind, müssen durch Landes- und Bundesgesetze schnellstens in die Lage versetzt werden, konjunktur- und strukturbedingte Veränderungen so abfangen zu können, daß die in ihrem Bereich wohnenden Menschen keinen Schaden erleiden.

Niemand kann ernstlich annehmen, das Geschehen im Revier gehe ihn nichts an, oder die Menschen an der Ruhr lebten auf einer Insel. Das Ruhrgebiet ist keine Insel, es ist das Herzstück unserer Wirtschaft. Wenn dort das Blut zum Stocken kommt, wenn dort die Menschen am Grundsatz der Solidarität zu zweifeln beginnen, wird aus der akuten Kohlenkrise an der Ruhr eine politische Krise in ganz Deutschland.

An zweiter Stelle bedarf es der Anstrengungen aller Gutgesinnten und Denkenden, um festzustellen, was geschehen kann und muß, damit aus der akuten keine latente Krise wird. Hierfür gibt es schon zahlreiche Vorschläge. Es fehlt jedoch die ordnende Hand, die alle diese Vorschläge zusammenführt, sie gegeneinander abwägt, das Gute vom Schlechten trennt und in Zusammenarbeit mit den von der Krise unmittelbar Betroffenen eine wirtschaftsstrukturelle Planung entwirft, die das ganze Land umfaßt und nicht nur einem Teilbereich der Wirtschaft - der Kohle - zugute kommt.

Vernünftige Vorschläge wurden abgelehnt

Hier ist ein klärendes p o l i t i s c h e s Wort notwendig. Wie kommt es - so wird sich jeder vernünftige Mensch fragen -, daß eine solche Forderung nicht schon längst erfüllt wurde? Und: Waren die Regierungen und die Organisationen der Wirtschaft blind und ahnungslos, wußten sie nicht, daß man die Probleme der Kohle nicht isoliert von anderen Vorgängen im Bereich der Energiewirtschaft lösen kann?

Schon seit Jahren hat man an der Ruhr, im Landtag von Nordrhein-Westfalen und im Bundestag gefordert, die gesamte Energiepolitik in der Bundesrepublik "in einen Griff" zu nehmen und auch auf internationaler Ebene im freien Teil Europas eine zielbewußte Energiepolitik anzusteuern.

Die Antwort der Regierenden auf solche Forderungen waren immer entweder eisige Ablehnung oder langatmige Ausweicherklärungen. Wenn in früheren Jahren z.B. darauf verwiesen wurde, die Kohle werde in absehbarer Zeit im Konkurrenzkampf mit Öl, Erdgas und später auch mit der Atomenergie nicht bestehen können, es müsse deshalb versucht werden, die zwangsläufig miteinander konkurrierenden Faktoren einander anzugleichen, sie aufeinander abzustimmen, dann wurden stets mit gewaltigem Redeschwall die geheiligten Prinzipien der sehr unheiligen Marktwirtschaft beschworen. Man verdächtigte jene, die eine vernünftige Ordnung im Bereich der Energiewirtschaft anstrebten, des "seelenlosen Planmechanismus" und behauptete kühn, alles werde sich "auspendeln".

Wie man jetzt weiß, hat sich n i c h t s ausgependelt! Die entscheidenden Kräfte der deutschen Wirtschaft, die gleichermaßen ihre Vertretungen bei Kohle, Stahl, Eisen, Öl und Erdgas haben und von denen nicht wenige Exponenten in einem sehr guten Kontakt mit den Regierenden in Düsseldorf und Bonn stehen, schafften es immer wieder, daß die berühmte öffentliche Meinung sich gegen Vernunft, Einsicht und vorausschauende Planung wandte.

Warum wollte man nicht lernen ?

Das ist aber nicht nur in der Bundesrepublik so gewesen. Auch im Rahmen der Montanunion, deren Ziel es bekanntlich war, im freien Teil Europas die Energieerzeugung aufeinander abzustimmen, muß ein multilaterales Versagen der Verantwortlichen festgestellt werden. Nach einer kurzen Periode der gegenseitigen Versicherungen, man werde innerhalb des EWG-Raumes die Energiewirtschaft ordnen, gab man den nationalen Wirtschaften wieder die volle Entscheidungsfreiheit. Nur Frankreich, das

jetzt schon seit fast zwei Jahrzehnten einen Energiewirtschaftsplan kennt, muß heute nicht darum bangen, daß die Kohle dem Öl und das Öl dem Erdgas eine Konkurrenz macht, bei der die in den einzelnen Wirtschaftszweigen tätigen Menschen auf der Strecke bleiben. Als aber Frankreich sich erbot, seine Erfahrungen in der Energiewirtschaft den übrigen Partnern der Montanunion zugute kommen zu lassen, wurde ein solches Angebot nicht einmal offiziell beantwortet.

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, warum man sich in Bonn und Düsseldorf so verhielt? Weiß die Bundesregierung einen triftigen Grund zu nennen, der sie veranlaßte, nicht etwas Ähnliches zu tun, wie es Frankreich tat?

"Staatsverdrossenheit"

Dieser Tage sagte ein nordrhein-westfälischer Minister, im Ruhrgebiet machten sich Anzeichen einer gewissen Staatsverdrossenheit bemerkbar. Der Minister hätte auch von einer Europaverdrossenheit sprechen können. Aber wundert er sich, daß es soweit kommen konnte? Haben die Menschen im Ruhrgebiet nicht glauben müssen, daß alles in Ordnung sei, als man ihnen schon vor Jahren bei den ersten Anzeichen von Schwierigkeiten in der Energiewirtschaft sagte, sie brauchten sich keine Sorgen zu machen? Hat man die Gewerkschaften nicht immer vertröstet und ihre Warnungen sogar als "ungerechtfertigt" dargestellt, wenn sie nach einer koordinierten Energiewirtschaft drängten? Hat man in Düsseldorf und Bonn nicht oft versucht, Mißtrauen zwischen den Arbeitnehmern und ihren Organisationen zu säen, indem man sagte, die Gewerkschaften sähen alles zu schwarz?

Der Mensch muß das Maß aller Dinge sein

Es ist noch nicht zu spät. Die Kumpel an der Ruhr sind jedem vernünftigen Argument zugänglich. Sie werden aber bald nicht mehr verstehen, wenn man diejenigen wieder um Rat bittet, die in der Vergangenheit so jämmerlich versagt haben. In Bonn und in Düsseldorf sollte man endlich begreifen, daß frühere von den Gewerkschaften zur Ordnung der Energiewirtschaft gemachte Vorschläge Hand und Fuß haben.

Damit uns niemand mißversteht: Es geht bei den Vorgängen an der Ruhr und bei dem Bemühen, das drohende Unheil abzuwenden, nicht um Rechthaberei. Wir müssen jetzt wissen, ob wir bereit sind, die schlechten Methoden der Vergangenheit durch bessere Methoden der Zusammenarbeit für heute und morgen zu ersetzen. Wir müssen uns alle von der Vorstellung freimachen, daß es nur um Produktionszahlen in einem Wirtschaftszweig geht. Wir sollten aus den Ereignissen der letzten Wochen gelernt haben, daß der arbeitende Mensch auch in unserer Industriegesellschaft das Maß aller Dinge sein muß.

Zwischenakt ohne Illusionen

Zum Stand der Passierscheingespräche in Berlin

sp - Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, wartet man nicht nur in Berlin gespannt darauf, welches Ergebnis die Gespräche unter vier Augen der beiden Passierscheinunterhändler Kohl und Korber haben werden. Was noch am Freitag vergangener Woche für unmöglich gehalten wurde, ist kurz danach doch möglich geworden. Der Senat von Berlin hatte - selbstverständlich im Einvernehmen mit der Bundesregierung - die neuen von Ulbricht gestellten Forderungen zu Beginn der jetzigen Phase der Passierscheingespräche abgelehnt. Man ließ die Männer in Pankow nicht im Zweifel darüber, daß ihre Bedingungen für das Zustandekommen einer neuen Passierscheinregelung nicht akzeptabel sind. Um dies den Unterhändlern jenseits der Mauer klarzumachen, hatte der Senat zu einem neuen offiziellen Gespräch eingeladen, ohne allerdings eine Antwort zu erhalten. Statt dessen erklärte sich der Ostberliner Verhandlungspartner zu einem Gespräch unter vier Augen mit Senatsrat Korber bereit. Drei dieser Gespräche haben nun stattgefunden; ob sie zu einem Ergebnis führen werden, muß man abwarten.

Natürlich wird jetzt überall die Frage aufgeworfen, was die Machthaber in Pankow veranlaßt haben könnte, die erwähnte Ablehnung ihrer Forderungen durch den Senat zunächst einfach zu ignorieren. Hierzu werden viele Vermutungen geäußert und zahlreiche Spekulationen angestellt. Es besteht durchaus Veranlassung zu der Überlegung, daß man in Pankow über die harte Ablehnung der weitergehenden Forderungen bestürzt war. Möglicherweise hatte man angenommen, es gebe auf westlicher Seite "weiche Stellen", in die hineingestoßen werden könnte. Der "Apparat" in Pankow entwickelt gewöhnlich seine Taktik auf der Grundlage von Informationen, oder - wie Kommunisten zu sagen pflegen - "auf der Basis der realen Einschätzung politischer Kräfteverhältnisse". Wie so oft hat man sich in Pankow getäuscht oder ist falschen Informationen zum Opfer gefallen.

Sobald man das erkannt hatte, wurde umgeschaltet. Unter Umgehung einer offiziellen Zusammenkunft der beiden Verhandlungspartner willigte Pankow zu Gesprächen unter vier Augen ein. Das ist so ähnlich wie bei großen internationalen Konferenzen. Wenn die Außenminister sich in den offiziellen Verhandlungen festgefahren haben, laden sie sich gegenseitig zu einem "Arbeitsessen" ein...

Der Berliner Senat benutzt diesen Zwischenakt bei den Passierscheinverhandlungen dazu, um noch einmal seinen Standpunkt darzulegen. Wenn die andere Seite einsieht, daß sie ihre Forderungen überdreht hatte, kann durchaus eine neue Plattform für weitere offizielle Verhandlungen gefunden werden. In diesem Sinne führt Senatsrat Korber jetzt seine Gespräche unter vier Augen; verbindlich im Ton, hart in der Sache und ohne Illusionen.

Verfassungsreform in Schweden

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Ministerpräsident Tage Erlander hat den Vorsitzenden der Konservativen, der Liberalen und der überwiegend agrarischen Zentrumsparlei ein Abkommen für die Vorbereitung einer totalen Verfassungsreform in Schweden vorgeschlagen, welches der seit Jahren sich hinschleppenden Verfassungsdebatte ein Ende bereiten soll. Die sozialdemokratische Reichstagsgruppe hat den Vorschlag bereits gebilligt.

Erlander schlägt vor, daß der schwedische Reichstag künftig aus einer einzigen Kammer bestehen soll, deren etwa 350 Abgeordnete direkt gewählt werden sollen, und zwar etwa 250 jedes vierte Jahr in allgemeinen Reichstagswahlen, etwa 100 im Zusammenhang mit den Gemeindevahlen, welche ebenfalls jedes vierte Jahr in der Mitte der Reichstagswahlperiode stattfinden.

Gegenwärtig setzt sich der Reichstag aus zwei Kammern zusammen; die 233 Abgeordneten der zweiten Kammer werden direkt gewählt, die 151 Mitglieder der ersten Kammer von den Landtagen und reichsunmittelbaren Stadtverwaltungen. Jede der beiden Kammern agiert für sich; bei divergierenden Abstimmungsergebnissen gibt es gemeinsame Abstimmungen. Das System ist schwerfällig und bedarf zweifellos einer Erneuerung. Die vorgeschlagene Neuordnung würde bedeuten, daß trotz Abschaffung der ersten Kammer der Zusammenhang zwischen Reichstag und kommunaler Selbstverwaltung, dem in Schweden von alters her sehr große Bedeutung beigemessen wird, nicht verloren geht.

Die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung soll revidiert werden, wobei den Bevölkerungsverchiebungen im Lande Rechnung getragen werden soll. Da die Voraussetzungen für Mehrheitswahlkreise fehlen, soll die Verfassung auf eine proportionelle Wahlmethode aufgebaut werden, wobei im Interesse eines arbeitsfähigen Reichstages eine allzu große Parteien-Zersplitterung verhindert werden soll.

Das in Schweden heute gültige Grundgesetz geht auf das Jahr 1809 zurück. Es war damals übereilt zustande gekommen und ist auf den Stände-Reichstag jener Zeit sowie auf eine Gewaltenteilung zwischen Krone und Reichstag zugeschnitten. Der König hat verfassungsmäßig eine Reihe von Rechten, z.B. die alleinige Bestimmung der Außenpolitik, welche mit einem modernen Parlamentarismus unvereinbar sind. Wenn auch der gegenwärtige König im ganzen Volke sehr beliebt ist und die Zusammenarbeit zwischen ihm und Regierung resp. Reichstag nichts zu wünschen übrig läßt, soll nun aus grundsätzlichen Erwägungen der Parlamentarismus im Verfassungsgesetze verankert werden. Rechte und Pflichten des Staatsoberhaupts hinsichtlich der Führung der Regierungsgeschäfte, der Regierungsbildung, der Auflösung des Reichstages usw. sollen neu gestaltet werden. In diesem Zusammenhang soll auch die Abschaffung des Königtums zur Diskussion gestellt werden. Das Grundsatz-Programm der schwedischen Sozialdemokratie bekennt sich zur Republik.

Die demokratischen Parteien Schwedens stimmen darin überein, daß die Erarbeitung der neuen Verfassung ein Gemeinschaftswerk auf breiter Basis sein soll. Die Vorbereitungen sollen möglichst beschleunigt werden. Eine teilweise Verfassungsreform - vor allem hinsichtlich der Reichstags-Kammern, des Wahlsystems und der Verankerung des Parlamentarismus im Grundgesetz - soll möglichst schon 1968 und 1969 vom Reichstage beschlossen werden.

De Gaulles Atomstrategie

Französischer Nuklearschirm für Deutschland

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Schritt für Schritt rückt General de Gaulle in seiner Atomstrategie vor. Auflösung der NATO und Schaffung eines europäischen Verteidigungssystems unter französischer Leitung - dieses Ziel wurde schon zur Jahreswende von der regierungsamtlichen Pariser Publikation "Politique Etrangere" bekanntgegeben. Obgleich die Darlegung in anonymer Weise mit XXX gezeichnet waren, bestand kein Zweifel darüber, daß die Verfasser - Spezialisten der französischen Militär- und Außenpolitik - von höchster Stelle inspiriert sind.

Abwertung der NATO

In einem ersten Abschnitt wird zunächst die NATO abgewertet. Sie sei "ein Instrument der amerikanischen Politik mindestens ebenso wie ein Werkzeug kollektiver Sicherheit". Eine Partnerschaft zwischen USA und Europa sei illusorisch, denn Europa besitze bis jetzt keine wirkliche Existenz und Unabhängigkeit. - Der Plan einer sogenannten NATO-Reform läuft somit auf eine Auflösung des gegenwärtigen Allianz-Vertrages hinaus. Die NATO-Integration soll gestoppt werden, die einzelnen Mitgliedstaaten sollen "schrittweise" größere Bewegungsfreiheit erhalten. Der ganze Atlantikpakt soll sich zu einem "einfachen Bündnis" entwickeln.

De Gaulle stützt sich mit diesen Vorschlägen auf den Besitz eigener Atombomben und verweist auf die Tatsache, daß außer den beiden Großen jedenfalls schon eine Reihe anderer Länder gleichfalls Nuklearmächte geworden sind, so Großbritannien und China.

Abzug der US-Streitkräfte aus Europa

Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa wird von der französischen Außenpolitik offen angestrebt. Ihre Anwesenheit auf dem europäischen Kontinent sei ohnedies nur "symbolisch". Nicht die in Europa stationierten US-Streitkräfte seien eine wirkliche Sicherheitsgarantie, sondern die nukleare Kraft der Vereinigten Staaten. Der Einsatz dieser Kraft hänge letzten Endes von der folgenden Frage ab: In welchem Maße sind die USA zur Wahrung ihrer eigenen Sicherheit daran interessiert, daß Westeuropa nicht unter sowjetischen Einfluß fällt?

Mit anderen Worten: entweder seien die USA in ureigenstem Interesse auf jeden Fall gezwungen, sowjetische Drohungen im Westeuropa abzuwehren, dann würden sie ihr Potential dementsprechend einsetzen, unabhängig von ihrer jeweiligen "symbolischen" Anwesenheit an Ort und Stelle; oder die Verteidigung Westeuropas gehöre ohnehin nicht unbedingt und unter allen Umständen zum kategorischen Imperativ der amerikanischen Außenpolitik - dann wäre auch

die Anwesenheit "symbolischer" Truppen keine absolute Garantie. Soweit die französische Argumentation.

Frankreich als atomare Schutzmacht Deutschlands

Wer soll also Westeuropa im Ernstfall verteidigen? Selbstverständlich Frankreich mit seiner Atombombe. Nach Abzug der USA könnte es sogar nach gaullistischer Auffassung auf militärischer Ebene zu einer Art europäischer Integration kommen - aber ohne Deutschland. Deutschland soll auf jeden Fall von atomarer Mitwirkung oder Mitbestimmung ausgeschlossen bleiben. - Frankreich will als atomare Schutzmacht Deutschlands auftreten und sich gleichzeitig für die deutsche Wiedervereinigung einsetzen, selbstverständlich "in den gegenwärtigen Grenzen", d.h. bei Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

In Paris verheißt man nicht, daß damit eine verstärkte Annäherung und schließlich ein breiterer Zusammenschluß auf gesamteuropäischer Ebene angestrebt wird.

"Europäische Schicksalsgemeinschaft" und "globale Bündnisse"

Anstelle der NATO soll also nach französischer Auffassung ein doppeltes System treten:

1. "Globale Bündnisse" zwischen den Alliierten ohne jede Integration
2. Ein strikteuropäisches Verteidigungssystem von Völkern, "die durch eine wirkliche Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden sind", mit gemeinsamer Ausarbeitung und Durchführung europäischer Militärprogramme.

All das konnte man, wie gesagt, schon zur Jahreswende schwarz auf weiß in dem regierungsamtlichen Organ für französische Außenpolitik lesen. Gelegentlich werden diese strategischen Ziele der gaullistischen Außenpolitik unter einen diplomatischen Scheffel gestellt. In entscheidenden Augenblicken werden sie aber wieder hervorgeholt, bestätigt und verdeutlicht. Man erwartet für dieses Jahr im Zusammenhang mit der Vietnamkrise, eine Akzentuierung der ganzen Außenpolitik.

+ + +

Der Bundespräsident in Afrika

Frankreich braucht sich nicht zu beunruhigen

sp - Mit Aufmerksamkeit, aber auch mit einer gewissen Beunruhigung beobachtet man in Frankreich die Afrika-Reise des Bundespräsidenten. In den ehemals französischen Kolonien Madagaskar, Kamerun und Mali veräußert der Bundespräsident daher nie, die Gastgeber darauf hinzuweisen, daß die Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit Frankreich in diesen Ländern Entwicklungshilfe leisten wolle. Lübke berücksichtigt hierbei die Empfindlichkeit Frankreichs, das sich bei dem Gedanken an den Jubel, mit dem der Bundespräsident überall empfangen wird, zurückgesetzt fühlen könnte. Man braucht in Frankreich indessen nicht ängstlich zu sein. In den vom Bundespräsidenten besuchten Ländern liegt fast 80 Prozent aller Entwicklungsvorhaben direkt oder indirekt in den Händen von Franzosen; sie sind dort Geldgeber, Firmenvertreter, Lehrer, Entwicklungshelfer oder gar politische Berater. Der Bundespräsident will sich niemandem aufdrängen und noch weniger irgend jemanden verdrängen. Seine Reise ist eine politische Werbung für Deutschland, die wir gerade jetzt dringend notwendig haben.

+ + +